

Inflation betrug im Juli 7%	1
WTO erklärt von China eingeführte Zölle auf US-Importe für unzulässig	3
Gammelfleisch-Skandal: Bauernbund und Geflügelwirtschaft für Kontrolloffensive	4
EU-Schweinemarkt: Schleppender Absatz bringt Notierungen unter Druck	5
LK Kärnten fordert nach Unwettern Hilfen für die Landwirtschaft von Bund und Land	5
Vorarlberg: Sofortige Abschussfreigabe für Problemwolf gefordert	7

Inflation betrug im Juli 7%

Entspannung bei Haushaltsenergie

Wien, 18. August 2023 (aiz.info). - Die Inflationsrate ist im Juli 2023 auf 7% weiter gesunken. Im Juni 2023 lag diese noch bei 8,0%, wie Statistik Austria heute mitteilt. Der Indexstand des Verbraucherpreisindex 2020 (VPI 2020) betrug 120,5. Gegenüber dem Vormonat Juni 2023 stieg das durchschnittliche Preisniveau um 0,1%. "Im Juli 2023 ist die Inflation weiter zurückgegangen. Mit 7,0% wies sie den niedrigsten Wert seit März 2022 auf. Das lag vor allem daran, dass sich die Haushaltsenergiepreise, die seit Beginn des Ukrainekrieges kontinuierlich gestiegen sind, im Juli weitaus weniger kräftig erhöhten als zuletzt. Treibstoffe und Heizöl sind außerdem weiterhin deutlich günstiger als vor einem Jahr. Die Preisanstiege in der Gastronomie sowie bei Nahrungsmitteln bleiben auf ähnlichem Niveau wie im Vormonat", so Statistik Austria-Generaldirektor **Tobias Thomas**

Haushaltsenergie nur mehr für weniger als ein Zehntel der Inflation verantwortlich

Der Anstieg der Preise für Wohnung, Wasser, Energie (durchschnittlich +11,0%) beeinflusste die Inflationsrate mit +2,08 Prozentpunkten und blieb damit der wichtigste Treiber der Inflation im Jahresabstand. Die Teuerungen fielen jedoch deutlich weniger kräftiger aus als im Juni (+14,1%). Ausschlaggebend dafür war ein deutlich weniger dynamischer Preisauftrieb bei der Haushaltsenergie (Juli: +15,2%; Juni: +26,8%). Dazu trug vor allem die Preisentwicklung von Strom bei (Juli: -6,9%; Juni: +6,9%), bei dem auch die Strompreisbremse, der NÖ-Rabatt, der Netzkostenzuschuss für GIS-befreite Haushalte sowie der Stromkostenergänzungszuschuss (für Haushalte mit mehr als drei Personen) insgesamt stark dämpfend wirkten.

Außerdem zeigten sich bei der Fernwärme weniger kräftigere Teuerungen (Juli: +60,3%; Juni: +82,2%), das gleiche galt auch für feste Brennstoffe (Juli: +3,5%; Juni: +18,2%). Gas hingegen verteuerte sich beinahe gleich stark (+78,6%) wie im Juni (+77,1%). Auch die Heizölpreise wirkten als Preisdämpfer etwa gleich stark (Juli: -30,0%; Juni: -28,8%). Die Instandhaltung von Wohnungen verteuerte sich im Juli weniger (+12,4%) als im Juni (+14,8%). Hauptverantwortlich dafür waren die Materialkosten (Juli: +12,9%; April: +16,4%). Mieten (inkl. Neuvermietungen) erhöhten sich um 7,8%.

In Restaurants und Hotels stiegen die Preise durchschnittlich um 12,3%, etwas weniger kräftig als im Juni (+12,9%). Ausschlaggebend dafür war ein schwächerer Preisauftrieb für Bewirtungsdienstleistungen (Juli: +11,6%; Juni: +12,6%). Beherbergungsdienstleistungen verteuerten sich um 16,5% (Juni: +15,0%).

Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke stiegen durchschnittlich um 10,5% und damit ähnlich stark wie im Juni (+11,1%). Hauptverantwortlich dafür waren Nahrungsmittel (+10,3%; Juni: +10,6%). Insbesondere die Preisentwicklung bei Milch, Käse und Eiern trug dazu bei, dass die Preise hier weniger stark stiegen als im Vormonat (Juli: +8,0%; Juni: +9,6%). Auch Gemüse verzeichnete weniger starke Teuerungen (Juli: +12,6%; Juni: +14,2%). Die Preise für Brot und Getreideerzeugnisse stiegen um 13,5% und jene für Fleisch um 8,0%. Obst kostete um 5,8% mehr. Nur leichte Verteuerungen waren bei Ölen und Fetten zu beobachten (+1,7%; darunter Butter: -10,4%). Für alkoholfreie Getränke hingegen musste um 12,7% mehr bezahlt werden, wozu überwiegend Limonaden (+12,3%) sowie Kaffee (+8,5%) beitrugen.

Die Preise für Freizeit und Kultur stiegen durchschnittlich um 8,4%, etwas mehr als im Juni (+7,9%). Als ausschlaggebend dafür erwiesen sich Pauschalreisen (Juli: +14,1%; Juni: +15,0%) sowie Freizeit- und Kulturdienstleistungen (Juli: +6,1%; Juni: +4,7%). Für sonstige Freizeitartikel und -geräte, Gartenartikel und Heimtiere waren insgesamt um 8,3% mehr zu bezahlen.

Die Preise für Verkehr gingen durchschnittlich um 4,2% zurück, noch deutlicher als im Juni (-3,0%). Hauptverantwortlich dafür waren die Treibstoffe, die sich als stärkerer Preisdämpfer zeigten (-24,3%) als im Juni (-23,2%). Die Preisentwicklung für Flugtickets trug ebenfalls dazu bei (Juli: -5,2%; Juni: +2,1%). Preisanstiege für Kraftwagen (neue Kfz: +7,2%, gebrauchte Kfz: +6,2%) sowie für Reparaturen privater Verkehrsmittel (+8,3%) konnten dies nur teilweise kompensieren.

Inflation Juli 2023 gegenüber Juni 2023: +0,1%

Als Hauptpreistreiber im Vergleich zum Vormonat Juni 2023 erwiesen sich saisonbedingt Pauschalreisen (durchschnittlich +13,0%). Als Hauptpreisdämpfer im Vergleich zum Vormonat zeigten sich die Ausgaben für Bekleidungsartikel, deren Preise aufgrund des Sommerschlussverkaufs durchschnittlich um 11,3% fielen.

Teuerung laut harmonisiertem Verbraucherpreisindex lag im Juli 2023 bei 7,0%

Der Indexstand des auf europäischer Ebene harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI 2015) lag im Juli 2023 bei 130,18 (Juni 2023: revidiert 130,42). Die harmonisierte Inflationsrate betrug 7,0 % (Juni 2023: +7,8 %) und war damit gleich hoch wie jene des VPI. Gewichtungsunterschiede zwischen VPI und HVPI (siehe Informationen zur Methodik) führten in einzelnen Ausgabengruppen zu unterschiedlichen Veränderungsdaten und Einflüssen, die sich jedoch insgesamt ausglich.

Täglicher Einkauf deutlich höher als Gesamtinflation, wöchentlicher Einkauf fast preisstabil

Das Preisniveau des Mikrowarenkorbs, der überwiegend Nahrungsmittel, aber auch Tageszeitungen oder den Kaffee im Kaffeehaus enthält und den täglichen Einkauf widerspiegelt, stieg im Jahresabstand um 10,1 % (Juni: revidiert ebenfalls +10,1 %).

Das Preisniveau des Miniwarenkorb, der einen wöchentlichen Einkauf abbildet und neben Nahrungsmitteln und Dienstleistungen auch Treibstoffe enthält, stieg im Jahresvergleich um 0,2 % (Juni: +0,8 %).

Die harmonisierte, auf europäischer Ebene vergleichbare Inflationsrate betrug im Juli in Österreich 7,0%. Im Vergleich: In den Ländern des Euroraumes sank dieser Wert auf 5,3% und im Schnitt der gesamten EU nahm dieser auf 7,1% ab. (Schluss)

WTO erklärt von China eingeführte Zölle auf US-Importe für unzulässig

Auch Schweinefleisch und Obst betroffen

Genf, 18. August 2023 (aiz.info). - Die Welthandelsorganisation (WTO) hat entschieden, dass die von China eingeführten Zölle auf US-Importe im Wert von mehreren Milliarden Dollar gegen internationale Handelsregeln verstoßen. Das WTO-Streitbeilegungsgremium urteilte am Mittwoch, dass Chinas "zusätzliche Zollmaßnahmen" unvereinbar mit mehreren Artikeln des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) sind. Peking gab an, das Urteil prüfen zu wollen, die USA begrüßten die Entscheidung, berichtet Dow Jones News.

China hatte die Zölle auf bestimmte US-Importe im April 2018 als Vergeltungsmaßnahme für US-Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte verhängt. Betroffen waren Einfuhren im Wert von 3 Mrd. USD. Es ging um 128 US-Produkte, darunter Obst und Schweinefleisch.

Washington begrüßte die Entscheidung des WTO-Gremiums. **Sam Michel**, ein Sprecher der US-Handelsbeauftragten Katherine Tai, erklärte, das Urteil bestätige, dass China "illegal mit angeblichen 'Schutzzöllen' Vergeltungsmaßnahmen ergriffen" habe.

China hatte die Zölle verhängt, nachdem kurz zuvor der damalige US-Präsident Donald Trump 2018 Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte aus China, aber unter anderem auch aus der EU, Norwegen, der Schweiz und der Türkei eingeführt hatte. Begründet wurde dies mit einer Gefahr für die nationale Sicherheit durch zu starke Abhängigkeit der USA von solchen Importen.

Die Regierung von Trumps Nachfolger Joe Biden erzielte im Jahr 2021 eine Einigung mit der EU über die Abschaffung der Zölle, während diese für andere Länder bestehen blieben. Mehrere Staaten reichten dagegen Klage ein.

Das Streitbeilegungsgremium der WTO hatte im vergangenen Jahr entschieden, dass auch die Zölle der USA gegen mehrere Bestimmungen des GATT verstoßen. Das Gremium stellte zudem fest, dass die Zölle nicht durch die in dem Abkommen vorgesehenen Sicherheitsausnahmen gerechtfertigt seien, da sie nicht in Kriegszeiten oder in Zeiten schwerwiegender internationaler Spannungen eingeführt worden seien. Washington legte Einspruch gegen die Entscheidung ein.

In der Entscheidung vom Mittwoch ging das WTO-Gremium nicht näher darauf ein, ob Washington berechtigt war, sich bei der Einführung der eigenen Zölle auf die nationale Sicherheit zu berufen. Es wurde jedoch anerkannt, dass die US-Zölle aufgrund solcher Ziele eingeführt wurden - und nicht als sogenannte Schutzmaßnahmen zum Schutz der heimischen Industrie. (Schluss)

Gammelfleisch-Skandal: Bauernbund und Geflügelwirtschaft für Kontrolloffensive

Ungleiche Haltungsstandards öffnen Tür und Tor für Import aus unsicherer Herkunft

Wien, 18. August 2023 (aiz.info). - 27 Infektionen und ein Todesopfer haben Salmonellen in polnischem Billig-Hühnerfleisch, das für Kebab-Spieße produziert wurde, seit Februar in Österreich gefordert. Bauernbund-Präsident **Georg Strasser** und der Obmann der Geflügelwirtschaft Österreich **Markus Lukas** drängen daher nun auf eine Kontrolloffensive, um derartige Vorkommnisse in Zukunft zu verhindern. "Es kann nicht sein, dass durch unhygienische Arbeitsmethoden die Gesundheit von Menschen gefährdet wird. Fleisch, das unter Voraussetzungen produziert wird, wie wir sie in Österreich nicht kennen, darf nicht auf unseren Tellern landen. Auch bei der Weiterverarbeitung, bei der Lagerung und beim Verkauf muss jetzt ein besonderes Augenmerk auf ordnungsgemäße Hygiene liegen", betonen Strasser und Lukas.

Geflügelwirtschafts-Obmann Lukas verweist auf hohe Standards in der österreichischen Geflügelproduktion: "Während in Österreich die Besatzdichte nur 30 kg pro Quadratmeter beträgt, sind es in Polen 42 kg, das entspricht der EU-Vorgabe. Unsere kleinstrukturierten Familienbetriebe halten durchschnittlich 20.000 bis 25.000 Masthühner, in Polen, dem EU-weit größten Geflügelfleischproduzenten, sind es teilweise sechsstelligen Stückzahlen." Das bedeute in der Folge - kombiniert mit einem höheren Einsatz von Tierarzneimitteln - günstigere Preise, heimisches Geflügel werde vom Markt verdrängt, so Lukas: "Wir müssen aufpassen, nicht in die Importfalle zu tappen. Damit geben wir einen weiteren Vorteil von österreichischem Geflügel auf, nämlich durchgehende und transparente Kontrollen vom Elterntier- bis zum Mastbetrieb und darüber hinaus. Für importiertes Fleisch ist volle Transparenz ein Muss."

Die europäischen Behörden müssen daher in die Pflicht genommen werden, so Strasser: "Die EU-Kommission ist jetzt am Zug, für faire Wettbewerbsbedingungen zu sorgen und insbesondere darauf zu achten, dass die Gesundheit der Menschen nicht mutwillig aufs Spiel gesetzt wird." Dabei geht es vor allem um Fleisch aus Osteuropa: Polen ist der sechstgrößte EU-Mitgliedstaat und sorgt regelmäßig mit mangelhaften Hygiene- und Qualitätsbedingungen für Aufruhr. "Der freie Warenverkehr ist ein Grundprinzip der Europäischen Union, doch er funktioniert nur unter gleichen Maßstäben. Eine Partnerschaft auf Augenhöhe bedeutet, dass wir in sämtlichen Mitgliedstaaten dieselben Vorgaben für hygienisches Arbeiten und vor allem eine transparente und durchgehende Überprüfung haben. Werden jedoch österreichische Produkte gegen solche mit viel höherem Antibiotikaeinsatz und schlechteren Haltungsbedingungen ausgespielt, dann laufen die Dinge aus dem Ruder. Es kann nicht sein, dass wir Geflügel importieren, das nicht unseren hohen Produktionsstandards entspricht", kritisiert Strasser.

In Richtung der Konsumentinnen und Konsumenten appellieren Strasser und Lukas, verstärkt auf die Herkunft von Lebensmitteln zu achten. "Österreichische Herkunft bedeutet Qualität und hohe Produktionsstandards. Unsere Geflügelbäuerinnen und Geflügelbauern garantieren dafür, es braucht aber auch einen bewussten Griff zum heimischen Produkt, damit die Versorgung mit regionalen Lebensmitteln weiterhin gewährleistet bleibt", sagt Lukas. "Um den Menschen mehr Sicherheit zu geben, setzen wir mit 1. September 2023 die verpflichtende Herkunftskennzeichnung in der Gemeinschaftsverpflegung um. Das ist ein erster, wichtiger Schritt, um für Transparenz auf dem Teller und Entscheidungsfreiheit zu sorgen", ergänzt Strasser. (Schluss) APA OTS 2023-08-18/13:16

EU-Schweinemarkt: Schleppender Absatz bringt Notierungen unter Druck

Minus 7 Cent in Österreich

Wien, 18. August 2023 (aiz.info). - Der europäische Fleischmarkt befindet sich seit Monaten in einer hartnäckigen Formkrise. Seit März dieses Jahres schafft das Verhältnis zwischen allzeit höchsten Rohstoffpreisen, bei gleichzeitig höchster Inflation seit 50 Jahren, ein bislang unbekanntes, schwieriges Umfeld. Gepaart mit permanentem Fleisch-Bashing durch Tier- und Umweltschutzthemen, ist der Rückgang beim Fleischkonsum eine Folge und substantiell spürbar. Auch das sonst übliche Exportventil nach Asien kann zur Zeit den EU-Absatzdurchhänger nicht kompensieren. In Deutschland scheint die Schiefelage am Fleischsektor im EU-Vergleich am größten zu sein, was sich in einer neuerlichen Rücknahme um 10 Cent widerspiegelt. Wie immer ist diese Entscheidung auch kursbestimmend für den gesamten Binnenmarkt.

In Österreich gelang erstmals seit Februar dieses Jahres keine vollständige Räumung des Schlachtschweinemarktes, berichtet **Johann Schlederer**, Geschäftsführer der Österreichischen Schweinebörse. Die feiertagsbedingt verkürzte Schlachtwoche, aber auch das impulslose Fleischgeschäft waren maßgebliche Ursachen für die ungewohnte Situation. Mit 98,25 kg und einem Plus von 0,5 kg reagiert auch das Schlachtgewicht auf die aktuellen Verhältnisse. Das Ergebnis an der Österreichischen Schweinebörse mit -7 Cent war geprägt von der deutschen Vorlage. Die Mastschweine-Notierung sinkt somit auf 2,37 Euro/kg Schlachtgewicht (Berechnungsbasis: 2,27 Euro). Der Ferkelpreis hält weiter bei 3,95 Euro/kg. Bei Erzeuger- als auch Abnehmerseite überwiegt nun die Einschätzung, dass die nunmehrige Preiskorrektur wieder zu einem stabileren "Fahrwasser" im gesamten Sektor führen dürfte. (Schluss)

LK Kärnten fordert nach Unwettern Hilfen für die Landwirtschaft von Bund und Land

Unterstützung zur Bewältigung der katastrophalen Schäden nötig

Klagenfurt, 18. August 2023 (aiz.info). - Nach den verheerenden Unwettern in Kärnten mit großflächigen Schäden in der Land- und Forstwirtschaft, besonders in den Bezirken Völkermarkt, Wolfsberg und Klagenfurt Land, ersucht die Landwirtschaftskammer (LK) Kärnten um Hilfe aus öffentlicher Hand. "Es macht sprachlos, die massiven Schäden durch die Naturgewalten sehen zu müssen. Binnen Minuten wurde die bäuerliche Arbeit von Jahrzehnten vernichtet. Die Land- und Forstwirtschaft gehört zweifelsfrei zu den von Unwetterereignissen am stärksten betroffenen Sektoren", drückt LK Kärnten-Präsident **Siegfried Huber** seine Betroffenheit aus.

Nach Angaben der LK Kärnten sind in dem Bundesland insgesamt rund 2.000 ha von Überflutungen betroffen. Allein dieser Schaden betrage 2,3 Mio. Euro. Zusätzlich sind bisher in Kärnten Hagelschäden im Ausmaß von 7,5 Mio. Euro aufgetreten. In den Wäldern des Bezirks Völkermarkt sind in Folge von Windwürfen Schäden von über 1,5 Mio. Euro (geschätzt 300.000 Festmeter) entstanden. Überdies sind durch Hangrutschungen viele Wege und Forststraßen geschädigt worden und verhindern nun die Aufarbeitung des Schadens. Einzelne Gehöfte und viele Flächen wurden überflutet und vermurt sowie Futtermittelvorräte für den Winter durch das Wasser zerstört.

In einer Sonder-Vorstandssitzung der LK Kärnten machten sich die Mitglieder ein Bild von den Schäden vor Ort, aber auch von den Sorgen und Nöten von Land- und Forstwirten im Bezirk Völkermarkt, wie es heißt. Daraufhin wurden vier einstimmig verabschiedete Forderungen an Bund und Land für Sofortmaßnahmen von den Vorstandsmitgliedern Siegfried Huber, Astrid Brunner, Hermann Schluder, Franz Zarfl, (Kärntner Bauernbund), Roman Linder (Freiheitliche und Unabhängige Bauernschaft), Marjan ik (SJK-Gemeinschaft der Kärntner Bäuerinnen und Bauern) und Franz Matschek (SPÖ Bäuerinnen und Bauern) formuliert.

Aufstockung des Katastrophenfonds

Wie von der Bundesregierung angekündigt, braucht es jetzt eine rasche Aufstockung der Mittel des Katastrophenfonds. "Keine Bäuerin und kein Bauer darf jetzt zurückgelassen werden", so der Tenor des LK Kärnten-Vorstands. Wer regionale Versorgung ernst meine, müsse die Produzentinnen und Produzenten nun mit entsprechenden Mitteln unterstützen, sind sich die im Vorstand vertretenen Fraktionen einig.

Aufstockung und Verlängerung des Waldfonds

Mit Nachdruck erneuert der LK Kärnten -Vorstand auch die in der jüngsten LK-Vollversammlung in Form einer Resolution erhobene Forderung nach Verlängerung und Aufstockung des Waldfonds. Dieser unterstützt - neben anderen Maßnahmen - die Aufarbeitung von Einzelschäden durch Windbruch, die Errichtung von Lagerplätzen nach Schadereignissen und die Wiederaufforstung von zerstörten Wäldern. Die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Mittel sind jedoch derzeit auf Grund der hohen Schadholzmengen der vergangenen Jahre bereits aufgebraucht. "Es braucht eine unverzügliche Aufstockung und Verlängerung des Waldfonds. Wir dürfen die Waldbauern in dieser Situation nicht alleine lassen. Nur gesunde Wälder bieten Schutz vor Muren, Steinschlag und Lawinen und liefern den Rohstoff Holz, den wir brauchen, um dem Klimawandel die Stirn zu bieten", so die Vorstandsmitglieder unisono.

Sonderdotierung zur Instandsetzung des ländlichen Wegenetzes

Muren und Erdrutsche haben im ländlichen Raum sehr viel an Infrastruktur zerstört. Es braucht aber gerade jetzt ein intaktes Wegenetz, um das durch Sturm angefallene Schadholz aus den Wäldern - oder was davon übrig ist - abtransportieren zu können. Um die Wege schnellstmöglich wiederherzustellen und Folgeschäden durch Borkenkäferbefall hintanzuhalten, fordert der LK-Vorstand eine rasche Sonderdotierung aus dem Landesbudget.

Entgeltfortzahlung für Vollerwerbsbauern im Hilfeinsatz

Die Einsatzorganisationen, allen voran die zahlreichen Feuerwehren im Land, leisteten in den letzten Tagen und Wochen Unglaubliches. In vielen Fällen waren dabei Landwirte im Einsatz, die sich regelmäßig in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Gerade Vollerwerbsbauern sind ein wichtiger Faktor bei den freiwilligen Feuerwehren im Land. Fast jeder zweite der über 4.200 Vollerwerbsbauern in Kärnten leistet freiwilligen Dienst bei der Feuerwehr. Diese Landwirte sind meist flexibel verfügbar und stellen oftmals auch eigenes Gerät für Einsätze zur Verfügung. Der LK-Vorstand fordert daher eine längst fällige Regelung zur Entgeltfortzahlung auch für Vollerwerbsbauern, die bei Katastrophen bzw. Großschadensereignissen im Einsatz sind. Diese soll sich an der Entgeltfortzahlung für Angestellte und den damit einhergehenden Ersatzansprüchen der Arbeitgeber orientieren.

"Die Bäuerinnen und Bauern wurden von den jüngsten Unwetterereignissen besonders getroffen. Sie haben aber eine Schlüsselfunktion in der regionalen Versorgung. Es liegt deshalb in der Verantwortung der Politik, Hilfsmaßnahmen zu beschließen und umzusetzen. Rasches Handeln ist das Gebot der Stunde", lautet abschließend die zentrale Botschaft des Vorstands der LK Kärnten an die Politik in Bund und Land. (Schluss)

Vorarlberg: Sofortige Abschussfreigabe für Problemwolf gefordert

Moosbrugger: Wir müssen jetzt handeln und unsere Nutztiere schützen

Bregenz, 18. August 2023 (aiz.info). - Seit Beginn des heurigen Alpsommers kommt es auch in Vorarlberg zu wiederholten Wolfsangriffen auf Nutztiere. Laut der Landwirtschaftskammer (LK) Vorarlberg wurden auf der Bergeralpe und der Alpe Wöster vier Schafe getötet, im Gemeindegebiet Klösterle zumindest ein Schaf, auf der Alpe Gafluna vier Geißen und auf Nenzigast wurden bei zwei Angriffen durch das Großraubtier weitere vier Schafe getötet.

Der anhand eines DNA-Vergleichs bei den Rissen in Vorarlberg nachgewiesene Wolf sei bereits in Tirol, Salzburg, Oberösterreich und Kärnten aufgetreten. "Wir müssen jetzt handeln, sonst wird dieser Wolf weiterhin Weidetiere hetzen, verletzen und töten", macht LK Vorarlberg-Präsident **Josef Moosbrugger** die Dringlichkeit klar. "Ich fordere daher, die sofortige Abschussfreigabe und den Abschuss dieses Problemwolfes, zur Verhinderung von weiteren Angriffen auf Nutztiere. Die Zukunft unserer Alp- und Weidewirtschaft ist bedroht", so Moosbrugger. (Schluss)